

Werte und Intervention

von Erhard Crome

Im Jahre 1492 landete Christoph Kolumbus in Amerika. Wenige Jahrzehnte später waren die Reiche der Azteken und der Inkas zerschlagen. Die eingeborene Bevölkerung wurde durch Waffengewalt und Krankheiten dezimiert. Spanische Abenteurer eigneten sich das Land an und über das System der *encomienda* wurden ihnen Indianer als Zwangsarbeiter für die Bewirtschaftung von Äckern und Weiden sowie von Bergwerken zugeteilt.

Der Priester und spätere Bischof Bartolomé de Las Casas (1474-1566) lehnte nach längerem Aufenthalt in Amerika dieses System ab und versuchte, König Karl I. (als deutscher Kaiser Karl V.) zu einer Änderung der spanischen Gesetzgebung zugunsten der indianischen Bevölkerung zu bringen. Damit schuf er sich viele Feinde, denen der Theologe Juan Ginés de Sepúlveda (1489-1573) Argumente zu liefern sich bemühte. Im Jahre 1550 versammelte der König den zuständigen Rat *Consejo de las Indias* in Valladolid, vor dem die beiden ihre Disputation führten.

Sepúlveda, der im Sinne des Imperiums der Habsburger bereits früher die Vereinbarkeit von Christentum und Krieg begründet hatte, verteidigte das kriegerische und gewalttätige Vorgehen der Spanier in Amerika. Dazu entwickelte er vier Argumente: erstens seien die Indios „Barbaren“, ungebildet, grausam und so geartet, dass sie von anderen regiert werden müssten. Zweitens müssten sie das spanische Joch schon deshalb tragen, weil sie wegen ihrer „Verbrechen gegen das göttliche Gesetz und das Naturrecht“, derer sie sich wegen ihres Götzendienstes – weil sie eigene Götter gehabt hatten – und wegen des Gebrauchs von Menschenopfern schuldig gemacht hatten, Strafe verdient hatten. Drittens seien die Spanier durch göttliches und Naturrecht verpflichtet gewesen, dem Schaden und Unheil durch weitere Menschenopfer, die alljährlich den Götzen geopfert wurden, vorzubeugen. Viertens schließlich erleichtere die spanische Herrschaft die Christianisierung der indianischen Bevölkerung.

Der bekannte Historiker Immanuel Wallerstein verweist in seinem Buch zum europäischen Universalismus (*Die Barbarei der anderen. Europäischer Universalismus, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 2007, 110 Seiten*) auf jenen historischen Streit und hebt hervor, dass diese Argumentation Sepúlvedas die vier Hauptargumente enthält, die bis heute benutzt werden, um Interventionen von „Zivilisierten“ in „nicht-zivilisierte“ Gegenden der Welt zu rechtfertigen: „die Barbarei der anderen, das Unterbinden von Praktiken, die universelle Werte verletzen, die Verteidigung Unschuldiger inmitten der grausamen Anderen sowie die Schaffung der Möglichkeiten, universelle Werte zu verbreiten“.

So verdient die Gegenargumentation Las Casas' besondere Aufmerksamkeit. Zum ersten Argument, dass Menschen von Natur aus barbarisch seien, betonte er, wenn Menschen als barbarisch anzusehen seien, die sich unzivilisiert verhalten, so finde man solche in allen Teilen der Welt. Wahrhaft abscheuliches Verhalten werde bei allen Völkern sanktioniert, trete also stets nur in einer Minderheit auf und könne daher nicht auf ganze Völker übertragen werden. Mit anderen Worten: es gibt ein ungefähres moralisches Gleichgewicht zwischen allen sozialen Systemen oder Kulturen, jedenfalls keine natürliche Hierarchie unter ihnen, die eine koloniale Herrschaft rechtfertige. Zum zweiten argumentierte er, es gäbe auch in christlichen Ländern Juden und Muslime, die den Gesetzen des Staates gehorchen müssten, nicht aber dafür bestraft werden könnten, ihre eigenen religiösen Gesetze zu befolgen. Wenn die Kirche also schon für die nicht-christlichen Einwohner christlicher Länder nicht zuständig sei, so erst recht nicht für jene, die noch nie von ihren Lehren gehört hätten.

Insofern könne Götzendienst nur von Gott beurteilt werden, nicht aber von Menschen, die einer anderen Gruppe angehören, die jenen Götzendienst nicht praktiziert.

Dabei war sich Las Casas durchaus des Problems bewusst, ihm könne angesichts der in Rede stehenden Menschenopfer bei einigen indianischen Ritualen moralischer Relativismus vorgeworfen werden. Deshalb ist sein entscheidendes Argument das „Prinzip des geringsten Schadens“: Wenn denn Unschuldige befreit werden müssten, dann müssen die Schuldigen bestraft werden, nicht aber Unschuldige verletzt oder gar getötet werden – und die Spanier hatten, so Las Casas, Menschen in Amerika zu Tausenden getötet, ihre Städte und Dörfer niedergebrannt und ihr Vieh geraubt. Und gegenüber dem vierten Argument Sepúlvedas machte er das Prinzip des freien Willens geltend: Die Menschen müssten durch eigene Entscheidung den Weg zu Jesus Christus finden. Krieg sei nicht der Weg, um das Christentum zu verbreiten.

Wallerstein berichtet, dass jener Rat von Valladolid keine Entscheidung getroffen hatte; Sepúlveda hatte den Disput moralisch verloren, seine Auffassungen prägten aber über Jahrhunderte die spanische und im weiteren Sinne europäische Kolonialpolitik. Die internationale Entwicklung nach 1945, insbesondere die Entkolonialisierung brachte eine Unterminierung der paternalistischen Aufsicht mit sich. Mit den Menschenrechtskampagnen seit den 1970er Jahren wurde jedoch erneut geltend gemacht, es sei „Pflicht der Zivilisierten“, das Barbarentum zu unterdrücken.

Das Prinzip des geringsten Schadens, wie Las Casas es begründet hat, ist gleichsam die Übertragung des Hippokratischen Eides der Ärzte auf die internationale Politik. Wallerstein wirft dann den Blick auf die Kriege des Westens im früheren Jugoslawien, und stellt fest, dieses Prinzip ist bereits dort sichtlich verletzt worden – erst recht durch den Irak-Krieg und den Krieg in Afghanistan. Hinzu kommt ein Punkt, den ebenfalls schon Las Casas geltend gemacht hatte: „Der moralische Anspruch der Intervenienten wird stets durch ihre materiellen Interessen, die durch die Intervention befördert werden, beeinträchtigt.“ In der heutigen Welt, so Wallerstein, „werden uns die von Las Casas gepredigten skeptischen Bedenken gegenüber unserer impulsiven moralischen Arroganz einen besseren Dienst leisten als die auf Selbstinteresse beruhenden Gewissheiten der Sepúlvedas dieser Welt.“

Die „universellen Werte“, die uns immer aufgetischt werden, wenn es um die nächsten militärischen Interventionen geht oder um die Fortführung der bisherigen, sind durch die herrschenden Schichten des seit fünfhundert Jahren bestehenden Weltsystems gesellschaftlich erzeugt worden: im 16. Jahrhundert wurden Naturrecht und Christentum bemüht, um europäische Vorherrschaft zu begründen, im 19. Jahrhundert Zivilisation und im späten 20. und beginnenden 21. Jahrhundert Demokratie und Menschenrechte.

Immer war es ein „europäischer Universalismus“ (hier bezieht Wallerstein die USA mit ein), von dem aus die „Barbarei der anderen“ identifiziert wurde, um ein „Recht auf Intervention“ zu begründen, das in der Tat stets eine Doktrin ist, „die den Anspruch erhebt, die Anwendung brutaler Gewalt zu rechtfertigen“. Die Alternative dazu ist nicht ein moralischer Relativismus oder ein ebenfalls kulturell daherkommender Partikularismus (nach dem Muster einer deutschen Richterin: Eine Frau, die einen Muslim heiratet, muss wissen, dass sie auch mal verprügelt wird), der „nur eine verdeckte Kapitulation vor den Kräften des europäischen Universalismus und den Mächtigen der Gegenwart“ ist. Die Alternative kann nur ein „universeller Universalismus“ sein. An dem ist für das 21. Jahrhundert zu arbeiten.

Immanuel Wallerstein ist am 31. August 2019 im Alter von 88 Jahren gestorben. Der Text erschien zuerst in: Das Blättchen, Berlin, No. 12 vom 11. Juni 2007.